

## Unnötiges Parkverbot in der Freiligrathstraße?

Gießen (ta). Weil nicht alle Anwohner auf ihrem Grundstück parken (können) und die Wohnstraße tagsüber auch von ortsfremden Berufspendlern genutzt wird, herrscht in der Freiligrathstraße ein hoher Parkdruck. Autofahrende Ansässige ärgern sich deshalb darüber, dass fünf bis sechs Stellplätze kurz vor dem Wendehammer blockiert werden – nach ihrer Ansicht unnötigerweise. Gemeint sind drei Behindertenplätze und davor das absolute Halteverbot, das bis zum Anfang des relativ geräumigen Wendehammers gilt.

Die städtischen Straßenverkehrsbehörde möchte es vorerst bei dieser Ordnung des ruhenden Verkehrs belassen. Die Behindertenplätze würden weiterhin genutzt, »weil den Betroffenen bekannt«, heißt es. Eine Neuregelung könne sinnvollerweise erst nach Abschluss aller Arbeiten (Abriss alte Orthopädie, Umgestaltung der Außenanlagen) erfolgen. Momentan gehe es auch um das Freihalten von Rettungszufahrten, was nicht immer gleich zu erkennen sei.

Ein Anwohner erachtet hingegen die aktuelle Parkordnung, die seit Beginn der Bauarbeiten für den Klinikum-Neubau gilt, als »Schildbürgerstreich«. Seit der Verlegung der Orthopädie führen kaum noch Behinderte vor, hat er beobachtet; meist würden die Plätze verbotswidrig genutzt. Auch die



In der Straße gibt es (hinter dem dunklen Kleinlaster) drei Behindertenparkplätze, dahinter gilt das absolute Halteverbot – »unnötig«, wie ein Anwohner meint. (Foto: Schepp)

Sperrzone vor dem Straßenende sei überflüssig, denn Rettungsfahrzeuge und Lieferwagen des Klinikums nutzten die Freiligrath-

straße schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Sein Fazit: »Die Stadt ist hier nicht auf dem neuesten Stand.«

## »Integrationsleistung wird oft unterschätzt«

Integrationsdebatte noch zeitgemäß? – Ursula Birsl referierte beim Jahresgespräch der Arbeitskreise Schule-Wirtschaft

Gießen-Wieseck (pd). Das Thema Fachkräftemangel spielt auch bei den Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft Mittelhessen eine zentrale Rolle. »Die Betriebe müssen ihre Bemühungen um geeigneten Nachwuchs intensivieren«, forderte Geschäftsführer Sascha Drechsel am Montagabend im Bürgerhaus Wieseck. Das Jahrestreffen der mittel-

hessischen Arbeitskreise stand im Zeichen einer Personalie. Wilhelm Galfe gab die Leitung des Gremiums in jüngere Hände (Bericht rechts). Der langjährige Sprecher sieht aufgrund der demografischen Entwicklung einen wachsenden Druck auf Schulen, eine erfolgsorientierte Berufsvorbereitung zu betreiben.



Prof. Ursula Birsl

Um Jugendliche an der Schwelle zwischen Schule und Beruf ging es auch beim Referat im Rahmen des Jahresgesprächs. »Ist die Integrationsdebatte noch zeitgemäß?«, fragte Prof. Ursula Birsl. Die Demokratieforscherin an der Marburger Philipps-Universität hatte viele Zahlen über Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mitgebracht, schränkte deren Belastbarkeit aber selbst ein. »Viele Menschen sind gar nicht mehr über die Staatsangehörigkeit zu definieren«, so die Politikwissenschaftlerin. Selbst der Mikrozensus sei »immer nur eine Stichprobe« und so manche Statistik irreführend. Etwa dann, wenn man sich den ho-

hen Anteil von Migrantinnen ohne Berufsabschluss anschau und dabei außer Acht lasse, dass viele dieser Menschen eine Lehre in ihrem Herkunftsland absolviert haben, der in Deutschland nicht anerkannt werde. »Deshalb gelten sie hier als ungelern.« Bei den Schulabschlüssen gebe es keine signifikanten Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund – mit einer Ausnahme: Während die Zahlen bei Hauptschulabschlüssen nur um etwa vier Prozentpunkte auseinanderliegen, hat Birsl eine »Delle im mittleren Bereich« festgestellt. Nur 22,1 Prozent (deutsche Schüler: 36,5 Prozent) der Realschulabsolventen sind Migrantinnen. Bei der Hochschulreife (31,1/31,4) sind die Zahlen dagegen fast identisch.

Bildungsbarrieren hat die Demokratieforscherin beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I ausgemacht. Der Sohn eines ungelerneten türkischen Vaters habe eine 1,3-fach geringere Chance, im oberen Bildungssegment einzusteigen als der Sohn eines vergleichbaren deutschen Vaters. Je

mehr Generationen einer Familie in Deutschland lebten, desto stärker rücke der Migrationsaspekt in den Hintergrund. »Dann spielt die soziale Schichtzugehörigkeit bei der Bildung eine entscheidende Rolle.« Unter der Überschrift »Unbehagen über die Integrationsdebatte« berichtete Birsl, dass sich die Diskussion oft auf die Integration ins Sozialgefüge reduziere und die Frage nach der politischen Integration vernachlässige. Ohne diese könne aber keine Integration ins System stattfinden. »Die Integrationsleistung von Einwanderern und ihren Nachfolgenerationen wird oft unterschätzt«, sagte die Hochschullehrerin. Das liege auch daran, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufig über ihre Defizite wahrgenommen und definiert werden. Auf die Frage eines Teilnehmers, ob man überhaupt Migrationsbeauftragte und spezielle Programme brauche, antwortete Birsl, die Integrationsdebatte habe eher Schaden angerichtet. »Die Alltagspraxis hat mehr Integration geleistet als die Integrationsprogramme.« (Foto: sel)

## CDU steht hinter dem Bahnhofsvorplatz

Union: Sparvorgabe auch durch abgespeckte Landesgartenschau zu erfüllen

Gießen (mö). Die CDU will die Vorgabe des Regierungspräsidenten hinsichtlich der Neuverschuldung bis zum Jahr 2015 erfüllen und gleichzeitig am Umbau des Bahnhofsvorplatzes sowie der Landesgartenschau festhalten. »Wir können beides machen und gleichzeitig die Finger von den Schulen lassen«, erklärte Fraktions- und Parteichef Klaus Peter Möller am Dienstag vor der Presse. Wie am Samstag berichtet, hat die Union Änderungen am Haushalt 2012 beantragt, die hochgerechnet bis einschließlich 2014 einem Sparvolumen von 13 Millionen Euro entsprechen. Damit hat die CDU die Finanzierungslücke von 15 Millionen Euro, die sich durch die Vorgabe der Kommunalaufsicht ergeben hat, fast geschlossen.

Wie Möller und dessen Stellvertreterin Christine G. Wagener betonten, genieße das Projekt am Bahnhof einen ganz hohen Stellenwert. »Wir sehen eine 100-prozentige Priorität beim Bahnhofsvorplatz«, gab Möller das Meinungsbild der größten Oppositionsfraktion wieder. Nach den Vorstellungen der CDU sollen am Bahnhof weiterhin sieben Millionen Euro eingesetzt werden, um den Verkehr neu zu organisieren und den Vorplatz zu gestalten. »Alles, was links von der Bahnhofstraße geplant war, haben wir gestrichelt«, sagte Möller und meinte damit das Treppenaufwerk samt Kopfbau und die Tiefgarage für die Fahrräder. Wenn es gelinge, den Landesrat zu sichern, werde der Umbau der Stadt angesichts der Beteiligung von Anliegern und Versorgungsunternehmen womöglich nicht

mehr als zwei Millionen Euro kosten. Insofern sei es seitens der rot-grünen Koalition »voreilig« gewesen, das Projekt Bahnhofsvorplatz zugleich zu streichen. Retten will die CDU zudem die bereits am Bahnhof eingesetzten Mittel, unter anderem für den Grunderwerb »in Millionenhöhe«. Fraktionsvize Wagener: »Wir haben da schon jetzt sehr viel Geld ausgegeben.«

Abspecken will die Union auch bei der Gartenschau, die ohne die Millioneninvestitionen an der Lahn und für den Umbau der Ringallee zu einem Erfolg für Gießen werden kann, ist sich Möller sicher. So habe man eine Rückmeldung des Investors für die Bebauung des Grundstücks zu den Mühlen erhalten. Danach lege der Bauherr zwar Wert auf den Ausbau der Bootshausstraße, aber nicht auf den Durchstich durch den Damm der Eisenbahn zwischen Damm- und Bootshausstraße. Auch die Nordstadtbrücke sei nicht von existenzieller Bedeutung für die Stadt und die Gartenschau, die sich auf die Wieseckkaue konzentriere. »Wer redet denn überhaupt noch von der Lahn und den Korridoren?«, fragte Möller. Aus Sicht seiner Fraktion könne man sich auch hinsichtlich der Ringallee auf eine Neuordnung der Zufahrten zum Messeplatz und zum Badezentrum sowie eine Sanierung der Fahrbahn beschränken. Unterm Strich kommt die Union, je nachdem was an der Ringallee gemacht wird, bei der Gartenschau auf eine Einsparung um die sechs Millionen Euro. Weitere Sparvorschläge betreffen den Verkehrsübungsplatz (Verbleib an der Ringallee) oder die Basilika-Sanierung auf dem Schiffenberg (Verschiebung der nächsten Bauabschnitte).

Rot-Grün zieht am Mittwoch nach

Verwundert äußerten sich Möller und Wagener über den Umstand, dass die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen keine Haushaltsänderungsanträge gestellt haben. Diesbezüglich erreichte die Redaktion für diesen Mittwoch eine ungewöhnliche Einladung des Magistrats. Dessen hauptamtlicher Teil will seine Änderungsanträge zum Haushalt gemeinsam mit den Fraktionspitzen präsentieren.

### DAS WETTER VON GESTERN

Höchsttemperatur	3,0 Grad
Tiefsttemperatur	-1,0 Grad
Niederschlag	0 mm
Luftdruck (18 Uhr)	1019,4 hPa

(Deutscher Wetterdienst, ermittelt zwischen 18 und 18 Uhr)

Auch als Schulleiter bald im Ruhestand

## AK Schule-Wirtschaft: Galfe gibt Leitung ab

Gießen-Wieseck (pd). 32 Jahre lang hat er sich in den mittelhessischen Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft engagiert, davon 27 Jahre als Sprecher. Beim Jahresgespräch der sieben Arbeitskreise am Montagabend gab Wilhelm Galfe die Führung des Gremiums in jüngere Hände. Er gab seinen Abschied bekannt und stellte mit Sascha Ruhweza auch gleich seinen Nachfolger vor. Zugleich kündigte der Schulleiter der Friedrich-Ebert-Schule einen weiteren Einschnitt an. Der Leiter der Wiesecker Gesamtschule geht mit dem Halbjahresende zum 1. Februar 2012 in den Ruhestand.

»Wenn's am schönsten ist, soll man gehen«, hatte Galfe, der im letzten Januar 62 Jahre alt wird, den Teilnehmern am Jahresgespräch Schule-Wirtschaft zugerufen. Als Sprecher der mittelhessischen Arbeitskreise und Leiter des AK Gießen habe für ihn das Wohl der Schüler stets im Mittelpunkt gestanden. Dabei sei ihm der Aspekt der Berufsorientierung immer am wichtigsten gewesen. Auch deshalb habe er frühzeitig Wert gelegt auf die Möglichkeit von Betriebserkundungen und -praktika, auf die Einrichtung selbstständiger Schülerfirmen sowie die Kooperation mit Unternehmen und beruflichen Schulen. Wie wichtig die Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben ist, habe Galfe frühzeitig erkannt, attestierte Heinz Dilling dem scheidenden Arbeitskreis-Sprecher. Deshalb habe er dieses Miteinander nicht dem Zufall überlassen, sondern durch Verträge gesichert, so der Sprecher der Schulen in der Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft Hessen.

Auch Arbeitskreis-Nachfolger Ruhweza dankte Galfe für sein Engagement. Nun gehe es darum, die von seinem Vorgänger erzielten Erfolge zu sichern und in die Zukunft hineinzutragen. Ruhweza, der auch OloV-Bauftragter und Rektor im Schulleitungsteam der Friedrich-Ebert-Schule ist, forderte seine Zuhörer auf, die »Messlatte der Machbarkeit« bei Schule-Wirtschaft nie außer Acht zu lassen. »Ressourcen sind begrenzt.« Dies gelte in der Schule und bei Lehrern ebenso wie für die Wirtschaft.



Wechsel an der Spitze von Schule-Wirtschaft: Wilhelm Galfe (l.) geht, Nachfolger wird Sascha Ruhweza. (Fotos: sel)

GAZ-Schätzung bestätigt

## Landesgartenschau hätte 46 Millionen Euro gekostet

Gießen (mö). Ohne das Machtwort des Regierungspräsidenten hätte die Stadt Gießen in die Landesgartenschau bis einschließlich 2014 über 46 Millionen Euro investiert. Dies geht aus einer Antwort des Magistrats auf eine Anfrage des Stadtverordneten Michael Janitzki (Linkes Bündnis) hervor.

Damit hat sich eine bislang unbestätigte Schätzung der Gießener Allgemeinen von Mitte Oktober als richtig erwiesen. Damals hatte die GAZ auf Grundlage des vorliegenden Haushaltsplans 2012 ausgerechnet, dass die Gartenschau als Gesamtpaket knapp 48 Millionen Euro kosten werde; 45 Millionen für Investitionen und weitere 2,6 Mio. als Zuschuss zum laufenden Betrieb. Der Artikel leitete eine lebhafte Debatte über die Frage ein, ob sich die Stadt Gießen die damit einhergehende Neuverschuldung in Höhe von 33 Millionen Euro leisten kann und inwieweit es seitens der Stadt zulässig ist, »etliche Begleitmaßnahmen« unter der Überschrift Landesgartenschau im Haushalt unterzubringen.

Die Antwort auf diese Frage gab die Kommunalaufsicht vor einigen Tagen. Danach darf die Neuverschuldung bis einschließlich 2014 die Grenze von 17,4 Millionen nicht überschreiten. Damit ist die Liste vom 8. November, die Janitzki erhalten hat, Makulatur geworden. Etliche der dort noch aufgeführten Projekte müssen nun gestrichen bzw. verschoben werden, vor allem was die Begleitmaßnahme Bahnhofsvorplatz betrifft.

Anzeige

an privat

von privat

Anzeigenschluss heute, 15 Uhr

Telefon 06 41 / 3003-33  
Telefax 06 41 / 3003-300  
Mo.-Fr. 8-17 Uhr

Gießener Allgemeine  
Alsfelder Allgemeine

in Stadt und Landkreis Gießen und im westlichen Vogelsbergkreis



100 Prozent für den Bahnhofsvorplatz ist die CDU-Fraktion im Stadtparlament (im Bild vorne Vorsitzender Möller und seine Stellvertreterin Wagener). (Archivfoto: Schepp)